

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Einverständnis 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss  
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und pr. gesetzlicher Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 4

Freitag, 7. Januar

1921

## Stürmische Sitzung im Landtage.

Dresden, 6. Januar. Der Landtag nahm heute seine Tätigkeit wieder auf. Während der Begrüßungsansprache des Präsidenten, in welcher dieser dem sächsischen Volke ein gutes neues Jahr wünschte, kam es zu lebhaften Unterbrechungen seitens der Kommunisten und zu Zwischenrufen von der Tribüne, die im Zusammenhang mit den heutigen Arbeitslosenemonstrationen standen. Infolge deren das Ständehaus polizeilich abgesperrt war. Der Abg. Biewert (Komm.) verlangte dringend unter stürmischen Zwischenrufen des Hauses die Zurückziehung der Polizei und stellte den Antrag, den kommunistischen Gewerkschaften-Vertrag, der nach Mitteilung des Präsidenten, erst am Dienstag verhandelt werden solle, auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Von kommunistischer Seite wurde hierauf der Antrag gestellt, eine Deputation der Gewerkschaften zu empfangen. Dieser Antrag wurde unter stürmischem Protest der Kommunisten und der Tribünenbesucher von der Kammer abgelehnt, worauf die Kommunisten erklärten, daß sie kein Interesse mehr an den heutigen Verhandlungen hätten, und geschloffen den Saal verlassen, sodaß der Präsident infolge des Tumults die Sitzung unterbrechen mußte.

## Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen.

(N.) Das Reichsfinanzministerium hat neuerdings angeordnet, daß Beschlüsse durch die Gemeinden, die Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen einzuführen, zunächst dem Landesfinanzamt vorgelegen seien. Wenn sie dem zur Ausführung berufenen Finanzamt zugingen, müsse bereits feststehen, daß das Landesfinanzamt von seinem Anspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht habe oder machen wolle. Gemeindefinanzämter, in denen erst das nach Ablauf der für Mitteilung an das Finanzamt gesetzten Frist festgestellt werden könne, müßten daher unberücksichtigt bleiben, auch wenn sie selbst dem Finanzamt noch vor Fristablauf zugewandten seien. Die Frist ist für das Rechnungsjahr 1920/21 bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden.

## Die Ergebnisse der Brüsseler Verhandlungen.

Der „Aole Tag“ berichtet im Vorkausse das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen und stellt dabei folgende Betrachtungen an: Der Augenblick nähert sich, wo die Welt einsehen muß, daß Deutschland über das Geleise hinaus zu weiteren Verbindlichkeiten kaum mehr fähig ist, nicht einmal mehr die maßlos überhöhten Kosten für die fremden Besatzungstruppen und Ausschüsse tragen kann. Als Keynes sein bekanntes Buch vor einem Jahre herausgab, hat dieser verständige Beobachter die Höchstleistung Deutschlands auf 40 Milliarden Goldmark geschätzt und auch dies nur bei jählicher langsame Teilzahlung. Seitdem ist Deutschlands wirtschaftliche Lage, wesentlich durch die Gewaltmaßnahmen des Feindes, sehr viel ungünstiger geworden. Auch jener Engländer würde und heute solche Kraft nicht mehr zurufen. Wenn wir trotzdem bei den kommenden Verhandlungen Zugeständnisse machen sollten, so wird das eintreten, was erst eben bei den Salzabmachungen der Ausgleichs-Verträge eingetreten ist: wir werden in kurzem unser Unvermögen bekennen, und unsere Lage wird die alte sein. Aus tatsächlichen Gründen mag sich der Weg empfehlen, den unsere Vertreter in Brüssel genommen haben; es wird auf diesem Wege vielleicht möglich sein, der Welt ein Bild von den ungeheuren Leistungen zu liefern, die uns der Frieden von Versailles auferlegt hat, und weiter den Nachweis der Unmöglichkeit, seinen Forderungen gerecht zu werden.

## Landarbeiterbewegung in Ostpreußen

Königsberg, 6. Januar. In der ostpreussischen Landwirtschaft droht eine neue Arbeiterbewegung in Gang zu kommen. Der Deutsche Arbeiterverband ließ auf den Eltern sämtlicher Töchter Mitteilungen. Daraus sollen die Arbeiter zu Massenabmachungen geantwoortet haben.

## Die Einwohnerwehren.

### England gegen die Auflösung.

Paris, 5. Januar. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet, daß die in der Reutersnote ausgedrückten Gedanken tatsächlich die Meinung der politischen Kreise und auch der militärischen Kreise Englands zum Ausdruck bringen. Das englische Ministerium sei der Ansicht, man müsse sich hüten, die deutsche Regierung zu schwächen, die zwischen der doppelten Gefahr einer militärischen und bolschewistischen Revolution hin und her schwankt. Es liege im eigenen Interesse der Alliierten, daß Deutschland genügend stark bleibe, um sich im Innern und nach außen hin gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Die englische Regierung neige einer mittleren Lösung zu, die darin besteht, die Verminderung der deutschen Bürgerwehren zu verlangen, aber nicht ihre Auflösung.

Über die Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England meldet der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“: Die Frage der deutschen Entwaffnung tritt in ein akutes Stadium. Englands Haltung rufe in Paris große Erbitterung hervor, obwohl es sich nur um ein Telegramm Reuters handelt. Dieses Telegramm werde die Deutschen in ihrem Proteste gegen die Entwaffnung bestärken. Man sieht darin einen neuen Beweis von Englands Selbstsucht in seinem Verhalten gegen seine Verbündeten und seiner Politik, die von der französischen abweiche. Man denkt dabei an ein Abkommen zwischen London und Berlin, an das englische Handelsabkommen mit Russland, an die englische Forderung, womit man das konstantinische Geheul behandelt, und ferner an die Haltung Englands in der Frage der Besetzung des Ruhrgebietes. Um diese Besetzung dreht sich die ganze Politik Frankreichs. Frankreich hält sich finanziell für geschädigt, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen würde, falls das Ruhrgebiet nicht besetzt würde. Es ist deutlich, daß durch eine jegliche Besetzung der finanzielle Zustand Deutschlands noch schwerer werden würde, und damit würde auch die Aussicht auf eine Entschädigung für Frankreich noch geringer werden. Die Ansichten in der Besetzungsfrage sind daher geteilt. Geleitet sind auch die

Meinungen über die russische Gefahr gegen Deutschland. Durch dieses Dilemma ist man in eine Lage geraten, die für das französische Ministerium gefährlich werden könnte.

### Einigung zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnern.

Berlin, 5. Januar. Zwischen dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahner und dem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums kam heute eine Einigung über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und -arbeiter zustande. Der Vorsitzende der Verhandlung, Staatssekretär Stieler, erklärte sich bereit, den Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zu Vertretung in der Reichsregierung zu empfehlen.

### Ministerwechsel in Frankreich?

Basel, 5. Januar. Das „Echo de Paris“ spricht von bevorstehenden ministeriellen Veränderungen, ohne Namen zu nennen. In parlamentarischen Kreisen hält man eine Umgestaltung des Kabinetts für unbedingt notwendig; in einer Linie einen Wechsel im Finanzministerium. Marschal habe nach dem Gefühl des Parlaments den Berichtsverhandlungen nicht genug geschenkt. Als etwaiger Nachfolger wird Charles Dumont, Generaldirektor der Eisenbahnen, genannt. Auch von Poincaré, dessen Stunde heranzunehmen scheint, ist nach den „Basler Nachrichten“ da und dort die Rede.

### Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Verbandsmächte.

Paris, 5. Dezember. Die „Journal des Debats“ meldet, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten der Verbandsmächte von englischer Seite nunmehr für den 19. Januar vorgeschlagen worden. Das Blatt glaubt, daß dieser Vorschlag französischerseits angenommen werden wird, daß ihm jedoch noch die italienische und die belgische Regierung zustimmen müßten.

## Die Urabstimmung der Eisenbahner.

Berlin, 6. Januar. Im Laufe des heutigen Tages dürften die Ergebnisse über die Urabstimmung der Eisenbahnbeamten festgestellt werden. Zurzeit stehen laut „Vorwärts“ drei Bezirke mit rund 50 000 Stimmen aus, die jedoch an dem Endergebnis kaum etwas ändern werden. Bis gestern abend wurden 143 000 Stimmen gezählt, von denen rund 124 500 für den Streik gestimmt haben. Die Beteiligung an der Abstimmung schwankte zwischen 70 und 98 Proz. Kommunistische Versuche, die auf sofortige Arbeitsniederlegung im Eisenbahnbetriebe hindrängten, hatten keinen Erfolg.

Daß diese Abstimmung zunächst nur prinzipielle, aber noch keine praktische Bedeutung hat, hebt die „Vossische Zeitung“ hervor. Die heute im Reichsministerium begonnenen Sonderverhandlungen mit den Eisenbahnern nehmen, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, einen günstigen Verlauf und geben Hoffnung auf eine Verständigung. Die Verhandlungen werden freilich geraume Zeit dauern.

## Bauernunruhen.

Liebenwerda, 5. Januar. Im Dorfe Hirschfelde verjagte eine aus 100 Personen bestehende Menge, die mit Dreschsegen, Reilen und Jagdgewehren bewaffnet war, die Beamten der Sicherheitspolizei und der Reichsgetreidestelle, die mit der Entreibung von Brotgetreide beauftragt waren. Der Gemeindevorsteher als Hauptanführer wurde sofort von seinem Amte entfernt und gegen alle übrigen Beteiligten ist ein Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt eingeleitet worden.

## Der Staat Fiume.

Rom, 5. Januar. Aus guter Quelle wird berichtet, daß die definitiven Wahlen in Fiume zur Bildung einer regulären Regierung Mitte Januar stattfinden werden, dann wird der Staat Fiume von allen europäischen Mächten offiziell anerkannt werden. Die italienische Regierung hat beschloffen, der Stadt in jeder Hinsicht und zwar mit großen Mitteln entgegenzukommen, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beschleunigen, auch die Möglichkeit einer größeren Anleihe ist jetzt, wo die Lage Fiumes vom italienischen und internationalen Standpunkt geregelt ist, in Aussicht genommen. Sobald die Bedingungen des Waffenstillstandes von Abbazia erfüllt sind und Fiume seine volle Freiheit wieder bekommen hat, werden die italienische und die südslawische Regierung die Ratifizationsurkunden des Vertrages von Rapallo offiziell austauschen. Dann werden nach Artikel 5 des Vertrages drei paritätische Kommissionen gebildet werden, eine für das jugoslawische Benehmen, eine für Fiume und eine für Zara.

## Der Schiffbruch bei Villa Garcia.

Paris, 5. Januar. Zum Schiffbruch der „Santa Isabel“ bei Villa Garcia wird noch gemeldet, daß sich das Unglück gegen 3 Uhr nachts ereignete und die Passagiere im Schlafe übertrahle. Daraus erklärte sich auch, daß die Mehrzahl der Verletzten zur Schiffsmannschaft gehört. Das Schiff wurde auf die Klippen geschleudert und sank sofort, da es vollkommen in zwei Teile gespalten worden war. Es hatte wohl Hilfe rufen abgelehnt, aber anscheinend nicht mehr Zeit gehabt, um seine Lage anzuzeigen. Das Meer hat zahlreiche Leichen an die Küste gespült. Nach den letzten Berichten hatte das Schiff 240 Passagiere und 70 Mann Besatzung an Bord. Die Zahl der bis jetzt Geretteten beträgt 56.

## Reichsfinanznot und Hilfe.

Von Prof. Dr. Georg Jahn, Braunschweig.  
Im Voranschlag des Reiches für 1920/21 stehen auf der Einnahmeseite und auf der Ausgabe-seite 38 Milliarden Mark. Ob es bei den ordentlichen Ausgaben mit dieser Summe sein Bewenden haben wird, steht dahin; sicher dagegen ist es, daß die Einnahmen nicht entfernt an die eingezeichneten 38 Milliarden heranreichen werden. Nach den Mitteilungen, die vor kurzem im „Reichsanzeiger“ gemacht wurden, wird sich bei den direkten Steuern und den Verbrauchsteuern gegenüber dem Einnahmefuß voraussichtlich ein Ausfall von 11 bis 12 Milliarden ergeben. Ebenso bleiben die Zolleinnahmen hinter dem Voranschlag zurück. Nur die Verbrauchsteuern (Kohlensteuer, Tabaksteuer, Weinsteuer usw.) entwickeln sich günstig, da sie als Verbrauchsteuern im Gleichschritt mit der Preissteigerung bei gleichbleibendem Verbrauche einen wachsenden Ertrag abwerfen müssen. Im ganzen rechnet man für das laufende Etatsjahr mit einem Fehlbetrag von mindestens 10 Milliarden Mark.

Neben dem ordentlichen Etat steht der außerordentliche, in dem vor allem die Ausgaben aus der Erfüllung des Friedensvertrages untergebracht sind. Die Höhe der Ausgaben steht hier überhaupt nicht fest und läßt sich kaum schätzen, so lange unsere Verpflichtungen nicht endgültig festgestellt worden sind. Den Hauptposten bildet die Bezahlung der 2 Mill. t Kohle, die wir nach dem Abkommen von Spa monatlich ohne Gegenleistung an Frankreich, Belgien und Italien liefern müssen. Sie kosten dem Reiche annähernd 3 Milliarden Mark im Monat. Dazu kommen die Besatzungskosten, die Entschädigungen der Schiffahrtsgesellschaften, der Unternehmungen in den abgetretenen Gebieten, der Auslandsdeutschen usw. Da laufende Einnahmen nicht vorhanden sind, so müssen sie durch Ausgabe neuer Banknoten gedeckt werden.

So mußte die Menge des umlaufenden Papiergeldes mit unerhöhter Notwendigkeit wachsen. Anfang 1919 betrug der Umlauf an Banknoten und Darlehenslassencheinen reichlich 33 Milliarden Mark, ein Jahr später waren es bereits 49 1/2 Milliarden, und bis Anfang Dezember d. J. war die Summe auf nicht weniger als 76 1/2 Milliarden gestiegen. Am Jahreschluß werden es annähernd 80 Milliarden gewesen sein, und da die Ausgaben in unverminderter Stärke fortlaufen, müssen wir damit rechnen, daß am Schluß des Etatsjahres, also am 1. April 1921, die 100 Milliarden erfüllt sein werden. Wenn die mitgeteilten Schätzungen sich als zutreffend erweisen sollten, so werden wir also das Bild bekommen, daß im Etatjahr 1920/21 von allen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben nur 28 Milliarden durch Steuern, der ganze Rest von 45 bis 50 Milliarden durch neugedrucktes Papiergeld gedeckt worden sind.

Wohin diese Entwicklung führt, steht allen Wissenden mit Klarheit vor Augen. Da die dauernde Geldüberflutung nicht mit einer entsprechenden Steigerung der Gütererzeugung Hand in Hand geht und in dem erforderlichen Umfang gar nicht gehen kann, muß sich im Verhältnis zur Geldausgabe unausgesetzte Nachfrage vermehren. Wachsende Nachfrage aber bedeutet steigende Preise. Und so kommt die Verschärfung der Preise noch oben überhaupt nicht zum Stillstand und untergräbt damit alle Berechnung und geordnete Wirtschaftsführung in Staat und Gemeinde, Unternehmung und Haushalt. Aus diesem ewigen Krisenzustand der Volkswirtschaft gibt es nur einen Ausweg: Der Staat muß die Arbeit der Notensprenger über den Bedarfsbedarf hinaus einstellen und seine Ausgaben wieder ausschließlich aus dem Ertrage von Steuern und Anleihen decken, da er nur so die Versorgung über wirtschaftlich vorhandene Kaufkraft erhält. Dann erst hört die von der Geldseite kommende Aufblähung der Preise auf und ihre Bildung wird — allerdings auf höherem Gesaminiveau — wieder das Ergebnis des Wechselspiels von Angebot und Nachfrage auf dem Markte.

Die Gesundheit unserer Wirtschaft hängt also durchaus ab von der Gesundung der Reichsfinanzen. Das kann keinem Zweifel unterliegen. Inwiefern, können wir denn überhaupt noch die ungeheure finanzielle Finanzwirtschaft des Reiches durch Steuern und Anleihen allein wieder einrichten? Die breiten Massen sind allerdings seit der Ein-